Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 206. für Anhalt und Thüringen. **Jahrgang 199.**

Bezugspreis f. Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch d. Post bezogen 3 Mk. f. d. Vierteljahr. Postzeitungsliste Nr. 3259. Die Hall. Ztg. erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hall. Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilung.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile od. deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Schriftleitung: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Freitag, 4. Mai 1906.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telephon-Amt VIa Nr. 11 424. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 4. Mai.

Der Geburtstag des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler Fürst Bülow empfing an seinem Geburtstage am gestrigen Donnerstag ungezählte Sympathiebeweise, die im Hinblick auf seine vor genau vier Wochen erfolgte Erkrankung noch zahlreicher und wärmer als sonst waren. Fast alle Monarchen, die diplomatischen Vertretungen des In- und Auslandes, die parlamentarischen Körperschaften usw. hatten Glückwünsche, brieflich und telegraphisch, übersandt. Wundervolle Blumenarrangements waren gleichfalls von allen Seiten eingetroffen, so daß die Räume des Reichskanzlerpalais einem Garten glichen. Der Kaiser übersandte dem Fürsten Bülow eine prächtige Porzellanvase mit dem Bildnis des Monarchen. Fürst Bülow verlebte den Tag in bestem Wohlsein und machte auch den gewohnten Spaziergang in seinem Garten. — Die konservative Partei des Abgeordnetenhauses ließ durch ihren Vorsitzenden, v. Heydebrand und der Lasa, die des Reichstags durch ihren Vorsitzenden v. Normann ihre Glückwünsche aussprechen und Blumenbuketts überreichen. — Nachmittags gegen 5 Uhr fuhr Se. Maj. der Kaiser, von Doberitz kommend, beim Palais des Reichskanzlers vor. Im Vestibül wurde der Monarch vom Fürsten und der Fürstin Bülow empfangen, die den kaiserlichen Gast in die oberen Gemächer geleiteten. Seine Majestät verweilte dort gegen eine Stunde, anfangs im Beisein der Fürstin, später allein in längerer Unterredung mit dem Reichskanzler. Beim Abschied geleitete Fürst Bülow seinen kaiserlichen Herrn bis zum Wagen. — Die Unterhaltung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten war, wie uns eine spätere Meldung noch berichtet, sehr angeregt. Der Kaiser fand den Reichskanzler recht frisch aussehend.

---

* **Deutsch-Ostafrika.** Ein Telegramm aus Dar-es-Salaam meldet: **An Krankheiten sind gestorben: Unteroffizier Peter Barth**, geboren am 14. 1. 79 zu Kirn, früher im Infanterie-Regiment Nr. 69, am 23. April d. J. auf Etappe Kikukulla, Bezirk Kilwa, an Dysenterie; Unteroffizier Otto Bahn, geboren am 27. 9. 82 zu Drossen, früher im Infanterie-Regiment Nr. 112, am 27. April d. J. in Ilindi, Bezirk Kilimatinda, an Herzschwäche, Malarie und Dysenterie.

---

* **Seine Majestät der Kaiser** besichtigte Donnerstag vormittag auf dem Truppenübungsplatz Doberitz die folgenden Truppenteile: das 1. Bataillon des 2. Garde-Regiments zu Fuß, das 2. Bataillon des Garde-Füsilier-Regiments, das 3. Bataillon des 4. Garde-Regiments zu Fuß, das 1. Bataillon des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, das Garde-Schützen-Bataillon und das Garde-Pionier-Bataillon.

* **Fürst Leopold zur Lippe** ist am Donnerstag in München eingetroffen, um dem Prinzregenten den ersten offiziellen Besuch abzustatten. Der Regent empfing den Fürsten im Königssalon des Hauptbahnhofs. Nach herzlicher Begrüßung fuhr der Regent mit seinem Gaste nach der Residenz.

Des Kanzlers Probestück.

Unter diesem Titel unterzieht Dr. Paul Harms im Maiheft des „Türmers" die Marokkokonferenz einer Kritik, die zu wenig erfreulichem Schlußergebnis kommt. „Verträge zwischen gleichberechtigten Mächten", so führt er aus, „sind stärkere „Realitäten" als Konferenzbeschlüsse; die Erfahrung hat die konferenzwütige deutsche Politik doch rasch genug machen müssen. Während Frankreichs Sonderabkommen ruhig weiter bestehen, riß Amerika in die Konferenzakte sofort ein Loch, indem es erklärte, es übernehme keinerlei Gemeinbürgschaft für ihre Durchführung! Es ist zu fürchten, daß die überhaupt niemand übernehmen will, wenn man sie gerade am nötigsten hätte. Wegen dieser innern Schwäche der Konferenzbeschlüsse hätte man doch versuchen sollen, Prinzip Prinzip sein zu lassen und Frankreich in einem Sonderabkommen dahin zu bringen, unsere Interessen in Marokko anzuerkennen, und nicht nur die Interessen selbst, sondern auch das Interesse an ihrer örtlichen Unterlage. Ein solches Abkommen wäre nicht zu haben gewesen, deutete der Kanzler an. Nun, dann nicht! Dann hätten wir den Rat Bismarcks vom Jahre 1856 befolgen sollen und Gewehr bei Fuß stehn bleiben, was — mutatis mutandis auf Marokko angewandt — bedeutet hätte: wir fahren, unbekümmert um die Abmachungen dritter, ruhig fort, Marokko als „unabhängigen Staat" zu behandeln und uns da so häuslich einzurichten wie möglich. Die Franzosen wären uns binnen kurzem von selbst gekommen, einfach weil sie uns hätten kommen müssen.

Oder es hätte Krieg gegeben! — rufen ängstliche Philister. Ganz recht, obwohl die Franzosen dann eigentlich Herrn Delcassé nicht hätten zu opfern brauchen. Aber die Kriegsgefahr schwebt, wenn man's recht betrachtet, über jeder Politik. Selbst Bismarcks spätere bewußte Friedenspolitik war ein paarmal hart am Kriege. Unter Wilhelm II. haben wir der Reihe nach zu Frankreich, zu Rußland, zu England, endlich zu England und Frankreich bedenklich schlechte Beziehungen gehabt. Und wer weiß, ob uns aus der Konferenz von Algeciras nicht die größte Kriegsgefahr von allen erwächst, weil wir da den Glauben erweckt haben, uns könne man schon sehr viel bieten, ehe wir wirklich vom Leder ziehn. Ein Teil der deutschen Presse, der der Konferenz nichts Besseres nachzurühmen weiß, als daß wir dort einmal wieder unsere Friedensliebe über jeden Zweifel hätten leuchten lassen, scheint allerdings auch nicht zu ahnen, welch schlechten Dienst er dem Deutschen Reiche damit erweist. Um unsere Friedensliebe zu bekunden, bedurfte es eines so schwerfälligen Apparates kaum; dazu hätte es genügt, daß wir Herrn Delcassé freie Hand gelassen hätten. Aber — es soll und muß eben um jeden Preis ein Erfolg herausgerechnet werden! Auch um den Preis des Selbstbetrugs. Und nicht nur in den Zeitungen soll er herausgerechnet, auch in den Staatskanzleien soll er herausgewirtschaftet werden, rasch, endgültig, damit man die dekorativen Zutaten erledigen kann und zu etwas anderm übergehen. Uns fehlt zu jener Politik nach Bismarckschen Grundsätzen, die nach Delcassés Sturze abgewartet und die Dinge hätte an sich herankommen lassen, das erste Erfordernis: Geduld. Warten können, diese nach Beaconsfield größte Tugend eines Staatsmannes, wer hat sie bei uns? Bezeichnend für den neuen Kurs ist seine erste, ungeheure Selbsttäuschung geblieben, da er meinte, mit ein paar Erlassen und einer Konferenz die soziale Frage lösen zu können. In jenem Sturmschritte, der damals Bismarck erschreckte, soll noch heute alles erledigt werden, was uns gerade zumeist beschäftigt. Darin nicht allein, aber mit darin ist der Grund zu suchen, daß die verhältnismäßig einfache und durchsichtige Marokkofrage unsere Staatsmänner so hergenommen hat, daß Richthofen zusammenbrach und Bülow eine ernste Erschütterung fühlte. Wohl war der Marokkohandel ein kritischer Fall, aber durch wieviel schwerere Krisen haben der alte Kaiser und Bismarck Preußen und das Reich gesteuert, ohne zusammenzubrechen! Auch Bismarck bekam gelegentlich seinen Weinkrampf, dann war der Anlaß aber auch darnach. Bülow ist, soviel man sehen kann, von Haus aus sanguinisch-phlegmatischen Temperaments, vielleicht hätte er sich nur seinem Temperamente zu überlassen brauchen, um auch den zweiten Teil der Krise, langsamer zwar als den ersten, aber nicht minder glücklich abzuwickeln. Aber er fühlte die Hetzpeitsche hinter sich, das bekam ihm schlecht und bekam unserer Politik noch schlechter. Man wollte ein Ende sehen, und so forcierte man das Tempo, wo man es hätte dämpfen müssen, und man begnügte sich nach ungeduldigem Jagen und Treiben mit papiernen Erfolgen, wo man — nach Jahren, Jahrzehnten vielleicht erst — goldene Früchte hätte pflücken können. Marokko wird — wenn nicht alles täuscht — für unsere Politik eine Episode bleiben, wie sie sich ja seit 1890 aus lauter losen Episoden zusammensetzt. Wenn trotzdem Marokko für uns nicht verloren gehen soll, so wird der deutsche Kaufmann in die Bresche treten müssen, die die deutsche Diplomatie nicht hat schließen können."

---

* **Zu der Sitzung des Bundesrates** am 3. Mai wurde den Ausschußanträgen zu dem Antrage Preußens betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen und betreffend die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen sowie des allgemeinen Fahrverkehrs hinsichtlich des Ausweichens der Fuhrwerke zugestimmt.

* **Die Steuerkommission des Reichstages** fuhr am Donnerstag in der Beratung der §§ 2 und 3 des Mantelgesetzes der Finanzreform fort. Zu § 2 beantragt Müller-Fulda, dem Reiche bei der Erbschaftssteuer zwei Drittel, den Bundesstaaten ein Drittel der Einnahme zu überweisen. Bei § 3 will er den Schlußsatz wie folgt fassen: Soweit sich ein solcher Mehrbetrag später auch nach der Rechnung ergibt, findet dessen Erhebung im April des zweitfolgenden Rechnungsjahres statt. Dietrich (kons.) will dafür setzen: Im Juli des drittfolgenden Jahres. Staatssekretär Freiherr von Stengel empfiehlt die Annahme des Antrages Dietrich. Bei England handle es sich um ein ganz altes Staatswesen, während Deutschland erst seit 35 Jahren bestehe und im Anfange seiner Entwickelung stehe. Die Flotte, der Nordostseekanal, die vielen neuen Postanstalten, die sozialpolitischen Aufgaben, die vielen Reichsgebäude, die Kolonialpolitik hätten große Kosten verursacht. Die §§ 2 und 3 werden sodann nach den Anträgen Müller-Fulda genehmigt. Die nächsten Paragraphen werden teils genehmigt, teils gestrichen und als § 8 der Antrag Müller-Fulda angenommen: „Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1906 in Kraft." Das Mantelgesetz ist damit erledigt. Nächste Sitzung 9. Mai: Berichtserstattung über das Mantelgesetz und die Stempelsteuernovelle.

* **Die Budgetkommission des Reichstags** fuhr am Donnerstag in der Beratung des Mannschaftspensionsgesetzes fort und genehmigte unverändert die §§ 24, 25 (Bedingte Rente), 26 (Alterszulage), 27 (Verfahren), 32 (Zahlung der Versorgungsgebührnisse), 33—38 (Erlöschen und Ruhen des Rechtes auf den Bezug der Versorgungsgebührnisse), mit kleineren Aenderungen die §§ 28—31 (Verfahren bei Versorgungsbedürfnissen), 39 (Anspruch der Hinterbliebenen), 40 (Ausschluß von der Pfändung und Besteuerung), 41 (Schadenersatz), 42 (Rechtsweg).

* **Die Diätenkommission des Reichstags** beriet am Donnerstag zunächst § 2: „Für jeden Tag, an dem ein Mitglied des Reichstags der Plenarsitzung ferngeblieben ist, wird von der nächstfälligen Entschädigungsrate ein Betrag von 30 Mk. in Abzug gebracht." Hierzu liegen folgende Anträge vor: Die Abgg. Gröber und Burlage wollen statt „30" die Zahl „20" einsetzen. Nach längerer Debatte wird § 2 mit dem Antrage Gröber-Burlage angenommen, der erste Absatz des § 4 der Vorlage wird abgelehnt und als Absatz 2 beschlossen: „Die näheren Bestimmungen über die Art der Nachweisung der Anwesenheit der Mitglieder im Reichstage erläßt der Präsident. Von ihm wird auch die Entschädigung für jedes Mitglied des Reichstags auf Grund von Anwesenheitslisten, in die sich während der Sitzungen der Abgeordnete einzutragen hat, festgesetzt und angewiesen. Wer bei einer Abstimmung fehlt, ist als abwesend zu betrachten, auch wenn er in den Präsenzlisten eingetragen ist." Hierauf vertagte sich die Kommission.

* **Der neue Lotterieplan.** Der jetzt vorliegende Plan zur 215. Königl. Preußischen Klassen-Lotterie umfaßt 256 000 Stammlose (seither 220 000) und 32 000 Freilose (seither 28 000), insgesamt 288 000 Lose gegen früher 248 000. Die Trefferzahl ist von 110 000 auf 124 000 gestiegen, wovon in jeder der vier Vorklassen 8000 und in der Hauptklasse 96 000, gegen früher 82 000, gezogen werden. Im einzelnen bietet die Hauptklasse an Treffern mehr wie seither: 1 Treffer à 50 000 Mk., 1 Treffer à 40 000 Mk., 3 Treffer à 30 000 = 90 000 Mk., 6 Treffer à 15 000 = 90 000 Mk., 15 Treffer à 10 000 = 150 000 Mk., 30 Treffer à 5000 Mk. = 150 000 Mk., 250 Treffer à 3000 Mk. = 750 000 Mk., 653 Treffer à 1000 Mk. — 653 000 Mk., 497 Treffer à 500 Mk. = 248 500 Mk., 12 544 Treffer à 240 Mk. = 3 010 560 Mk. Im ganzen 14 000 Treffer mit 5 232 060 Mk. Der Staatszuschuß von 300 000 Mk. ist zurückgezogen, da die Prämie in gleichem Betrage in Zukunft aus dem Spielkapital gedeckt wird. Die Ziehung der 1. Klasse findet am 9. und 10. Juli statt. Die Lose kommen vom 1. Juni ab zur Ausgabe.

Deutscher Reichstag.

93. Sitzung vom 3. Mai 1906, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky, Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abgg. Albrecht (Soz.) und Genossen betreffend Ausweisungen russischer Staatsangehöriger. Sie lautet:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Polizeipräsident von Berlin mit Billigung des preußischen Ministers des Innern im Widerspruch mit Artikel 1 des deutsch-russischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 28. Juli 1904 russische Staatsangehörige in Massen des Landes verweist? Und was gedenkt der Reichskanzler gegen diese ungesetzlichen Maßnahmen zu tun?"

Auf die Anfrage des Präsidenten **Grafen Ballestrem**, ob sich die Regierung zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärt, erwidert

Staatssekretär **Graf Posadowsky:** Herr Präsident, ich habe auf die Frage folgendes zu antworten: Nach Artikel 4 Absatz 1 der Reichsverfassung unterliegt allerdings die Fremdenpolizei der Beaufsichtigung und Gesetzgebung durch das Reich. Diese Bestimmung ist seinerzeit in die Verfassung des Norddeutschen Bundes auf Antrag des Abg. Michaelis hineingekommen, um zu verhindern, daß durch die Einzelstaaten die Gesetzgebung und die Vorschriften der Reichsverfassung über die Freizügigkeit oder über das Indigenat aller Deutschen nicht beeinträchtigt werden möchte. Diese Verfassungsbestimmung hatte zunächst nur einen provisorischen Charakter, solange die Verfassungsbestimmungen nicht durch Spezialgesetze ausgeführt sind. Für das ganze Reich bleiben die einzelstaatlichen Gesetze und Vorschriften, die in dieser Beziehung bestehen, in Kraft. Die Einzelstaaten behalten auf diesem Gebiete so lange alle ihre Befugnisse und alle ihre Rechte, als sie nicht durch Reichsgesetz im einzelnen geändert werden. Wenn jetzt die Vorschriften des russischen Handelsvertrages bei dieser Interpellation herangezogen werden, so ist diese Bezugnahme eine fehlerhafte. Es besteht zwischen Rußland und Deutschland ein besonderer Niederlassungsvertrag nicht. Aber selbst bei den Verträgen mit den Staaten, mit denen wir Niederlassungsverträge abgeschlossen haben, ist in dem Niederlassungsvertrag, so zum Beispiel in dem mit der Schweiz, ausdrücklich gesagt, daß gerade durch die Vorschriften die Fremdenpolizei in den Einzelstaaten nicht berührt werde, und das Freizügigkeitsgesetz bestimmt ausdrücklich, daß das allgemeine Niederlassungsgesetz und Aufenthaltsrecht lediglich die Reichsdeutschen haben, daß aber die Vorschriften der Fremdenpolizei, der Reichsausländer dadurch nicht berührt werden. Aus diesen formalen Gründen lehnt der Herr Reichskanzler die materielle Beantwortung der Interpellation ab, ganz abgesehen davon, daß es für die Reichsinstanz ganz unausführbar ist, alle die einzelnen Ausweisungsverhältnisse in den Einzelstaaten nachzusehen. (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. **Bebel** (Soz.): Der Reichskanzler hätte sich vor der Ablehnung der Beantwortung der Interpellation doch daran erinnern sollen, daß er früher einen anderen Standpunkt eingenommen hat, so beim Etat für 1905, als er wiederholt in die Debatte eingriff. Deshalb ist die jetzige Ablehnung unbegründet. Ich bin überzeugt, daß das Zentrum, wenn es solche Interpellation eingebracht hätte, eine freundlichere Antwort erhalten hätte. In Handels- und Freundschaftsverträgen, die Deutschland mit anderen Staaten abgeschlossen hat, ist ausdrücklich das gegenseitige Niederlassungsrecht festgesetzt worden. Die Sozialdemokratie in Deutschland hat vielfach die Mittel aufgebracht, um die Russen, die an der Revolution teilgenommen haben, von Deutschland aus weiter zu befördern. (Hört! hört! rechts.) Die Ausweisungen geschehen in Berlin ganz willkürlich und rücksichtslos. Redner führt eine große Reihe von Ausweisungen an und meint: Nicht bloß die Russen leiden unter den Ausweisungen, sondern auch die deutschen Kaufleute. Die wirtschaftliche und soziale Existenz vieler wird dadurch gestört. Hier weist die Polizei die Juden aus. Wenn es sich aber darum handelt, den Schlot- und Kohlenbaronen im Westen Arbeiter zu verschaffen, dann läßt man Russen und Galizier herein. Da möge einmal der Minister in Preußen versuchen, das zu verbieten; ich glaube, er würde dann die längste Zeit den Ministersessel geziert haben. (Sehr richtig! links.) Wir haben doch in Deutschland Sozialdemokraten in Hülle und Fülle, da kommt es auf die paar Russen nicht an. Wir müssen in Deutschland zu einem Fremdenrecht kommen, das andere Verhältnisse schafft. Durch dieses Fremdenrecht muß der Polizeiwillkür vorgebeugt werden. Erst dann werden wir nicht mehr als blamiert und als rückständig vor der ganzen Welt angesehen werden. Bei einer Ausweisung eines russischen Geschäftsreisenden hat die Berliner Polizei demselben einen falschen Paß und eine falsche Urkunde ausgestellt und dadurch ein Verbrechen begangen. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident **Graf Stolberg-Wernigerode:** Herr Abgeordneter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190605042-10/fragment/page=0001

Sie dürfen nicht sagen, daß die Berliner Polizei ein Verbrechen begangen hat. (Ohol bei den Soz.)

Abg. **Bebel** (fortf.): Diesen Zuständen, ehrenhafte Leute zu Verbrechen zu verleiten, muß ein Ende gemacht werden im Interesse des Deutschen Reichs. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. **v. Oldenburg-Januschau** (kons.): Herr Abg. Bebel, wenn ich Sie recht verstanden habe, so haben Sie folgendes gesagt: Der König von Preußen und die Minister fühlen sich als Diener der kapitalistischen Gesellschaft den Kohlenbaronen gegenüber. Wenn Sie das gesagt haben würden, würde das eine Unverschämtheit gewesen sein. (Unruhe b. d. Soz.) Die Könige von Preußen haben sich immer als erste Diener ihres Staates gefühlt, aber nicht als Diener einer bestimmten Bevölkerungsklasse. Zunächst gebe ich meiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß diese Interpellation hier nicht beantwortet worden ist. Es ist eine preußische Angelegenheit. (Zwischenrufe b. d. Soz.) Ach, m. H., verzeihen Sie, ich bin mit meiner Stimme nicht ganz in Ordnung (Heiterkeit) und bitte Sie, mich nicht zu unterbrechen und zwar tue ich das in Ihrem eigenen Interesse, denn es könnte ja jemand hier auf der Tribüne sein, der nicht so weiß wie ich, daß Sie vollkommen die gesellschaftlichen Formen beherrschen, und er könnte Sie für ungebildet halten. (Große Heiterkeit.) Was die Ausweisung generell anlangt, so haben sich ja alle Staaten das Recht vorbehalten, die Ausweisungen vorzunehmen. Amerika tut das ja im großen Umfange resp. läßt eine bestimmte Kategorie von Leuten gar nicht herein. Nun meine ich, die Herren Sozialdemokraten haben eigentlich gar keine Veranlassung, sich über die Maßnahmen der preußischen Regierung zu beschweren, denn die Maßnahmen sind doch nur dazu, was die Herren Sozialdemokraten für sich und ihre Partei immer in Anspruch nehmen: wer unbequem wird, der fliegt! (Lebh. Sehr richtig! rechts und große Heiterkeit.) Wenn hier im wesentlichen russische Juden in Betracht kommen, so liegt das gerade im Interesse unserer ansässigen deutschen Juden, daß diese nicht in Deutschland bleiben. Sie bedanken sich für diese Gesellschaft. (Sehr richtig!) Im übrigen haben wir unseren Bedarf an Revolutionären reichlich gedeckt. (Heiterkeit.) Wir haben soviel, daß wir selbst schon vorteilhaft einen Exportartikel daraus machen können. (Große Heiterkeit.) Wir bedanken uns für Revolutionäre aus dem Auslande und wenn diese, die sich durch politisches Benehmen kompromittiert haben, ausgewiesen sind, kann ich nur sagen: Bravo, raus mit ihnen. (Zustimmung rechts.) Bei den Ausweisungen von armen oder von unkompromittierten Leuten mag mit Milde vorgegangen werden. Dagegen bei Ausweisungen solcher Elemente, die die Unverschämtheit besitzen, obwohl sie Ausländer sind, hier unsere preußische Verfassung zu kritisieren, muß mit der äußersten Schärfe vorgegangen werden. (Beifall rechts) und der preußische Minister und der Berliner Polizeipräsident werden allezeit bei solchen Maßnahmen Rückhalt bei den preußischen Konservativen finden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Pohl** (frs. Vp.): Eine reichsgesetzliche Festlegung der Ausweisungsbefugnis ist schon deshalb nötig, weil gerade auf diesem Gebiete in manchen Staaten die Polizei alles bedeutet. Dies unmotivierte Ausweisen ist ein Unfug, der keinem Bedürfnis entspricht.

Abg. Dr. **Spahn** (Zentr.): Der grundsätzlichen Auffassung des Bundesrates, wie sie in der Rede des Grafen Posadowsky zutage trat, ist bereits vor Jahren von den Abgg. Windthorst, Hänel, u. a. aufs schärfste widersprochen und wir halten sie heute noch für falsch. Jede Ausweisung birgt den Kern zu politischen Verwickelungen in sich. Schon deshalb ist es Reichssache. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Lattmann** (Wirtsch. Vgg.): Pflicht jedes vaterlandsfreudigen Mannes ist es, auf die große Gefahr hinzuweisen, die Deutschland durch die Einwanderung russischer Juden droht. Wir haben von unserem Recht, Ausländer, die sich mausig gemacht haben, auszuweisen, mit vollem Rechte Gebrauch gemacht. Wir bekennen uns zum Antisemitismus offen und ehrlich, aber nicht zum widerlichen Radauantisemitismus eines Pückler oder des geistig minderwertigen Ahlwardt. (Unruhe.) Die Juden selbst bezeichnen einen großen Teil dieser russischen jüdischen Einwanderer als eine verpestende Seuche. Sollten wir Deutsche diese Seuche verbreiten helfen? Wir wollen uns von solchen Schnorrern und Verschwörern nicht auf der Nase herumtanzen lassen, Deutschland ist zu gut für ein Laboratorium mit nihilistischen Sprengstoffen. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Czarlinski** (Pole): Diese Ausweisungsfrage hat nichts mit der Judenfrage zu tun. Viele sind ausgewiesen, die Geld ins Land gebracht hätten.

Abg. **Bassermann** (nl.): Für eine reichsgesetzliche Regelung der Ausweisungsfrage sind wir seit langem. Die Ausweisungen, die jetzt vorgekommen sind, stehen indes, — was das formale Recht betrifft, nicht im Widerspruch mit dem russischen Handelsvertrage. (Hört!)

Nach weiteren Reden der Abgg. **Schrader** (frs. Vgg.), **Hue** (Soz.) und **Fröhlich** (Dtsch. Reformp.) vertagt sich das Haus.

Freitag 1 Uhr: Zigarettensteuergesetz. — Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung vom 3. Mai 1906, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Studt, v. Bethmann-Hollweg.

Vizepräsident Dr. **Porsch** eröffnet die Sitzung und erbittet und erhält vom Hause die Erlaubnis, dem Kronprinzen zu seinem Geburtstage die Glückwünsche des Hauses zu übermitteln.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung des Antrages des Abg. Schiffer (nl.) wegen Abänderung des Art. 26 und der Aufhebung des Art. 112 der Verfassung.

Art. 26 lautet: Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen.

Art. 112 lautet: Bis zum Erlaß des im Art. 26 vorgesehenen Gesetzes bewendet es hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Nach dem Antrage Schiffer soll Art. 26 folgende Fassung erhalten: „Das Schul- und Unterrichtswesen ist durch Gesetz geregelt. Bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung finden hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens das jetzt geltende Recht und die auf Grund desselben von den Behörden erlassenen oder zu erlassenden Vorschriften Anwendung."

Abg. **Schiffer** (nl.): Die Verfassung soll die Gesamtgrundlage unseres öffentlichen Lebens bilden. Nicht leichten Herzens tritt man daher an eine Abänderung dieser Verfassung heran. Die Notwendigkeit dazu muß erwiesen sein. Hier aber, wo der Schulentrag den jetzt geltenden Verfassungsbestimmungen widerspricht, scheint mir eine Abänderung der Verfassungsurkunde auf jeden Fall geboten. Unser Antrag hat daher auch trotz der Schwierigkeiten, die die Verfassung der Abänderung dieser Urkunde selbst entgegenstellt, die Unterstützung aller Parteien gefunden. Ich bitte ihn anzunehmen.

Nach kurzer Erörterung geht der Antrag an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt die zweite Abstimmung über die beiden Wahlrechtsvorlagen, die gemäß § 19 der Geschäftsordnung vorzunehmen ist.

Abg. Dr. **Wiemer** (frs. Vp.): Auch heute wieder müssen wir feststellen, daß wir Gegner des Dreiklassenwahlrechts sind. Die uns hier vorliegende Art der Reform lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Wir wollen nicht zur Festigung des Dreiklassenwahlrechts beitragen.

Abg. **Broemel** (frs. Vgg.): Die beiden Entwürfe sind seit der letzten Beratung nicht besser geworden; wir lehnen sie ab.

Die beiden Entwürfe werden in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Freisinnigen und Polen angenommen.

Darauf wird der Entwurf über die Aufhebung des Amtsgerichts in Groß-Salze in erster und zweiter Lesung ohne Erörterung angenommen, ebenso die Vorlage über die Errichtung eines Amtsgerichts in Czersk.

Die Rechnung über die Verwendung des auf Grund des Gesetzes vom 12. Juli 1900 zum Zweck der Errichtung von Rentengütern aus dem Reservefonds der Rentenbanken gewährten Zwischenkredits für die Zeit vom Inkrafttreten des Gesetzes bis Ende 1905 wird in einmaliger Beratung für erledigt erklärt.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung des Entwurfs über die Zulassung einer Verschuldungsgrenze für land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke.

Abg. **Frhr. zu Puttlitz** (kons.): Bei den Vorerhebungen hat sich eine bedenkliche, immer größer werdende Verschuldung des Grundbesitzes gezeigt, die einen staatsgefährlichen Charakter annehmen droht. Daher begrüßen wir diesen Gesetzentwurf mit Freude als ersten Schritt zur Abhilfe. Ich bemerke aber, daß er uns doch außerordentlich dürftig zu sein scheint und weitere Schritte folgen müssen. (Sehr wahr! rechts.) Denn er beschränkt sich darauf, eine mechanische Verschuldungsgrenze gesetzlich zu ermöglichen. Bei den Vorverhandlungen hat sich auch zur Evidenz herausgestellt, daß sich unser bäuerlicher Grundbesitz im Laufe der letzten 60 Jahre mehr und mehr verschuldet hat und daß ein Verschieben des Besitzes ländlichen Grundbesitzes sich zu vollziehen angefangen hat. Diese Entwickelung birgt die ernstesten Gefahren in sich, und wir meinen, daß der Staat verpflichtet ist, alles gegen eine weitere Verschuldung zu tun. (Bravo! rechts.)

Abg. **Glasel** (nl.): Wir nehmen eine abwartende Stellung ein. Kommissionsberatung halten auch wir für unerläßlich. Auf den ersten Blick sieht die Vorlage ja sehr harmlos aus. Unter Umständen kann sie aber zu starker staatlicher Bevormundung führen. Vorläufig können wir unsere Stellungnahme nur von dem Ergebnisse der Kommissionsberatung abhängig machen.

Abg. **Dr. Crüger-Hagen** (frs. Vp.): Es gibt keine schwierigere Frage als die der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes. Eine rationelle Entschuldung durchzuführen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Durch das Gesetz würde der Personalkredit in ganz bedenklicher Weise beeinflußt werden. Die Genossenschaften werden sich sehr überlegen müssen, ob sie einem Landwirt, der die Verschuldungsgrenze hat eintragen lassen, den früheren Kredit gewähren können.

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski**: Ich glaube, über das Vorgehen auf diesem Gebiete herrschen nicht ganz zutreffende Ansichten. Im Herrenhause habe ich schon darauf hingewiesen, daß durch die früheren Handelsverträge die Verschuldung der Landwirtschaft zugenommen hat. Ich habe aber auch darauf hingewiesen, daß es Pflicht des Staates ist, für die Landwirtschaft zu sorgen. Zu der schlechten Lage tragen allerdings auch das herrschende Erbrecht und die vielfach zu hohen Grundstückspreise bei. Auch ich habe bei diesem Gesetz eine ganze Reihe Bedenken, wir müssen aber in der Praxis versuchen, ob der Weg gangbar ist. Ich hoffe, daß die Landwirtschaft bei Besserung der Verhältnisse wieder der Existenz unseres Staates werden wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Dr. Newoldt** (frkons.): Wenn man die Vorlage vom rein juristischen Standpunkte prüft, mögen sich eine Reihe von Bedenken ergeben. Diese juristischen Erwägungen können aber nicht ausschlaggebend sein. Dauernde durchgreifende Besserung ist in der Entschuldungsfrage nur von einer Aenderung des Erbrechts zu erhoffen, und da wäre der Reichstag zuständig. Stichhaltige Einwände gegen die Vorlage können kaum erhoben werden. Man sagt häufig, es ist gleich, ob ein Rittergut dem A oder dem B gehört. Prof. Schmoller aber, ein Mann von gewiß nicht einseitig agrarischen Anschauungen, hat im Herrenhaus mit Recht darauf verwiesen, daß, wenn die Verschuldung des bäuerlichen Besitzes weitere Fortschritte macht, an die Stelle des Bauers A nicht der Bauer B tritt, sondern der Grund und Boden mehr und mehr in den Besitz von Städtern kommt, und das ist sicher nicht erwünscht. Meine Freunde begrüßen die Vorlage und werden an ihrem Zustandekommen gern mitarbeiten. (Beifall.)

Abg. **v. Arnim** (kons.): Ich habe die Vorlage mit dem Gefühl der Enttäuschung studiert. Die Regierung hatte uns zweifellos mehr in Aussicht gestellt, als sie jetzt in der Tat geleistet hat. Ich beantrage Verweisung des Entwurfs an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Nach weiteren Reden der Abgg. Stull (Zentr.), Broemel (frs. Vgg.) und Dr. Heisig (Zentr.) geht der Entwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Freitag 11 Uhr: Sekundärbahnvorlage. — Schluß 2½ Uhr.

Ausland.

Das Entlassungsgesuch Wittes genehmigt.

Der Zar hat das Abschiedsgesuch des Grafen Witte genehmigt und den bisherigen Ministerpräsidenten in den Ruhestand versetzt. Zu seinem Nachfolger ist Goremykin ernannt worden. Dieser gilt als sehr energischer Mann, dem dabei ein gewisses Maß persönlichen Wohlwollens eigen sein soll. Ueber den Ministerwechsel berichtet dem Berliner „L.-A." eine Privatmeldung aus Petersburg:

Wittes Rücktritt beschäftigt hier alle Kreise. Sein Nachfolger, der Staatssekretär Iwan Goremykin, war früher einmal Minister des Innern und ist eine bekannte Autorität auf dem Gebiete der Bauernfrage. Seine Ernennung zum Premierminister dürfte auch in der Hoffnung erfolgt sein, diesen wichtigen Gegenstand dadurch leichter zur Zufriedenheit der Beteiligten ordnen zu können. Die Regierung will sich in der Reichsduma auf die Bauernvertretung stützen. Mit Witte dürfte das gesamte Kabinett zurücktreten mit Ausnahme des Kriegs- und des Marineministers. Kokowzew soll abermals für das Portefeuille des Finanzministers in Frage kommen.

Mit der Annahme, daß nicht nur Graf Witte, sondern auch das gesamte von ihm bisher geleitete Ministerium zurücktreten wolle, würde übereinstimmen, was am Donnerstag mehrere Petersburger Blätter berichteten, daß nämlich auch Durnowo seine Entlassung eingereicht habe. Amtlich ist darüber noch nichts bekannt gegeben. Als Nachfolger für Durnowo nennt der „Rjetsch" den bisherigen Gouverneur von Saratow, Stolypin.

*

Oesterreich-Ungarn.

Das Landwehroberkommando.

Wie das Armee-Verordnungsblatt meldet, hat der Kaiser den Feldzeugmeister Parmann, den Stellvertreter des Landwehroberkommandanten, mit der provisorischen Führung der Agenden des Landwehroberkommandos betraut.

Goluchowskis Stellung erschüttert?

Von ungarischer Seite, die ihre Ansicht auch in der französischen Presse vertritt, versucht man, die Stellung des österreichischen Ministers des Aeußern, Grafen Goluchowski zu erschüttern. Ob diese Bemühungen von Erfolg sein werden, läßt sich noch nicht entscheiden. Jedenfalls würde der Rücktritt des Grafen, der der deutschen Politik auf der Marokkokonferenz in Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen so geschickt sekundiert hat, in Berlin lebhaftes Bedauern erwecken.

Die Wahlen in Ungarn.

Von 386 bisher bekannten Wahlen entfallen 232 auf die Koffuthpartei, 68 auf die Verfassungspartei, 30 auf die klerikale Volkspartei, 32 auf die Nationalitäten, 3 auf die Demokraten, 1 auf die Sozialisten.

Frankreich.

Nach der Marokkokonferenz.

Der französische Präsident Fallières empfing vorgestern in Paris den Gesandten Revoil, der ihm über die Arbeiten der französischen Mission in Algeciras Bericht erstattete.

Rußland.

Zur Lage.

Die konstitutionelle demokratische Partei hat zum Präsidenten der Duma Murom̧tsow, zu Vizepräsidenten Rabckow und den Fürsten Dolgorukow, zu Sekretären Kokoschkin und den Fürsten Schachowskoi bestimmt. — Am Donnerstag fanden in Warschau, in Lodz und in sieben Gouvernements von Polen die Wahlen zur Duma statt. Ueberall siegte die Nationalpartei mit Ausnahme von Suwalki, wo ein Kandidat anderer Parteirichtung gewählt wurde. — 33 große Werke mit mehr als 18 000 Arbeitern in Riga sind im Ausstand. Die Straßen werden von Patrouillen durchstreift. — In Warschau explodierte gestern während der Wahl zur Reichsduma vor dem Hause, in dem die Wahlhandlung vor sich ging, eine Bombe. Die Fenster wurden zertrümmert; verletzt wurde niemand.

Afrika.

Aus Marokko.

Der italienische Gesandte in Tanger, Malmusi, der von der Konferenz von Algeciras mit der Mission betraut ist, den Sultan von Marokko zur unveränderten Ratifikation und Durchführung der Generalakte der Konferenz zu bewegen, wird in der zweiten Hälfte dieses Monats nach Fez abreisen. Der Mission werden außerdem ein Legationssekretär und mehrere Offiziere, sowie ein Arzt angehören.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Zur Lage des Ausstandes im mitteldeutschen Braunkohlenbezirke.

Am Sonntag, den 29. April hat in Halle eine „Konferenz" der ausständigen Bergleute des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks getagt und eine Resolution gefaßt, die über den bekannten Hauptstreitpunkt, die Verhandlungsfrage, folgendes sagt:

„Die Bergarbeiter sind auch jetzt bereit, jederzeit in Verhandlungen zu treten, um den Frieden zwischen den Werken und den streikenden Arbeitern wiederherzustellen. Nur lehnt die streikende Arbeiterschaft es ab, die jetzt noch auf der Grube tätigen Arbeiterausschußmitglieder als Vermittelungsinstanz in diesem Kampfe anzurufen."

Damit ist der Boden zu Verhandlungen, den Werksverwaltungen und Belegschaften betreten können, bereitet. Auf der Mehrzahl der Werke, auf denen Arbeiterausschüsse vorhanden sind, streiken alle oder wenigstens die meisten Ausschußmitglieder, so daß diese nichts abhalten könnte, Anträge oder „Forderungen" den Werksverwaltungen vorzulegen. Wo die Verhältnisse aber anders liegen, oder wo die Ausschußmitglieder sich zurückhalten wollen, oder endlich wo Arbeiterausschüsse überhaupt nicht bestehen, da bietet die Arbeitsordnung den Ausständigen die geeignete Handhabe in einer Bestimmung, nach der Anliegen und Beschwerden eines größeren Teiles der Belegschaft durch drei Vertreter vor den Werksbesitzer gebracht werden können, nur müssen es Arbeiter aus der Belegschaft selbst sein. Diese Bestimmung ist durchaus nicht durch die gesetzliche Einführung der Arbeiterausschüsse aufgehoben, sie ist vielmehr gerade mit Rücksicht auf solche Fälle, wie sie jetzt vorliegen, in den Arbeitsordnungen belassen worden.

*

— **Hohenpriesnitz**, 3. Mai. (Das rechte Ohr abgebissen.) Der 15jährige Knecht Karl Stein hatte das Unglück, daß ihm vor einigen Tagen beim Füttern von einem Pferde das rechte Ohr abgebissen wurde; er mußte dem Krankenhause in Eilenburg überwiesen werden.

— **Magdeburg**, 4. Mai. (Die Stadtverordneten) nahmen gestern abend die von ihrem Rechtsausschuß vorgeschlagene Verschärfung der Geschäftsordnung (Ausschluß von Mitgliedern nach dreimaligem Ordnungsruf) mit großer Mehrheit an.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. **Rom**, 3. Mai. In der Schlußsitzung des Internationalen Kongresses für angewandte Chemie wurde beschlossen, den VII. Kongreß im Jahre 1909 in London abzuhalten.

Sport und Jagd.

W. **Athen**, 2. Mai. Aus Anlaß der Beendigung der olympischen Spiele gab der König heute ein Festmahl, zu welchem auch die Vertreter der verschiedenen Länder, die Sieger beim Spiele, sowie mehrere Diplomaten eingeladen waren. Der König beglückwünschte die Vertreter der Völker, die zum Kampfe um die Siegespalme nach Athen geeilt seien, der Stadt, die wie keine andere zum Schauplatz solcher Veranstaltungen sich eigne. Der König gab des weiteren der Freude Ausdruck, welche die königliche Familie und das griechische Volk an diesen Veranstaltungen empfinden, eine Freude, die alle vier Jahre wiederkehren werde, wenn Griechenland Gelegenheit habe, die friedlichen Bande zu erneuern, die es mit allen Völkern vereinigt, die seine Mitarbeiter seien an dem großen Werke der fortschreitenden Zivilisation.

Aus Nah und Fern.

Aus dem nordfranzösischen Kohlenrevier. In Lens ist die Arbeit fast vollständig wieder aufgenommen worden, teilweise wieder in Courrières und in Dourges. In Carvin explodierte Donnerstag nacht vor dem Hause eines nicht ausständigen Arbeiters eine Patrone, die materiellen Schaden anrichtete. Donnerstag nachmittag beschimpfte eine Rotte von Ausständigen in Liévin die aus Schacht 1 zutage fahrenden Grubenarbeiter und schleuderte Steine nach ihnen. Gendarmerie und Truppen schritten ein. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen. Andere Rotten, die am Schacht III Kundgebungen zu veranstalten versuchten, wurden auseinandergetrieben.

Die Arbeiterbewegungen in Frankreich. Aus verschiedenen Städten wird gemeldet, daß Arbeiter, die am 2. Mai nach achtstündiger Arbeit die Werkstätte verließen, entlassen wurden. Infolgedessen haben die anderen Arbeiter der beteiligten Werkstätten beschlossen, heute, Freitag, in den Ausstand zu treten. — Die Arbeitgeber der Automobilfabriken in der Gegend westlich von Paris haben ihre Arbeiter ausgesperrt, da diese am 2. Mai die Werkstätten nach neunstündiger Arbeitszeit verlassen hatten. Als die Arbeiter der großen Werke von Levallois-Perret, Courbevoie, Puteaux und Suresnes Donnerstag früh zur Arbeit erschienen, fanden sie die Tore der Werke verschlossen. — Donnerstag nachmittag durchschritten zwei Leute das Bois de Vincennes in Paris an der Stelle, die les Quinconces genannt wird. Jeder von ihnen führte eine Höllenmaschine mit sich, die sie wahrscheinlich soeben in dem Bois ausgegraben hatten. Eine dieser Höllenmaschinen explodierte, tötete ihren Träger namens Stria und verletzte dessen Gefährten, einen Mann namens Boußnof, schwer. Ueber den Stand, dem die beiden Männer angehören, ist man sich noch nicht ganz klar, indessen weiß man, daß sie russischer Nationalität sind. Boußnof hatte noch die zweite Höllenmaschine bei sich, man hat sie aber bisher nicht berührt, um eine etwa mögliche Explosion zu verhüten. — In Lyon ereigneten sich im Zusammenhang mit der Ausstandsbewegung Donnerstag nachmittag verschiedene Zwischenfälle. Die Manifestanten widersetzten sich der Polizei, ein als Antimilitarist bekannter Arbeiter verletzte einen Polizisten schwer durch einen Messerstich in den Rücken. Der Uebeltäter wurde festgenommen.

Die Parteileitung der Sozialdemokratie in Oesterreich hat beschlossen, bei dem ersten Anzeichen ernstlicher Bedrohung oder Verschleppung der Wahlreform die Anordnung des Massenausstandes auf die Tagesordnung der Beratung zu setzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190605042-10/fragment/page=0002

Das Urteil im Schopenstehl-Prozeß. Das Schwurgericht in Hamburg verurteilte in der Verhandlung des Schopenstehl-Prozesses Freitag nachts gegen 1 Uhr von den wegen Landfriedensbruch, Zusammenrottung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Diebstahl, Hehlerei usw. angeklagten 30 Personen neun zu je ein bis drei Jahren Zuchthaus und 20 zu je zwei Wochen bis 18 Monaten Gefängnis. Eine Person wurde freigesprochen.

Der frühere Polizeikommissar Stephany wurde Donnerstag nachmittag in das Untersuchungsgefängnis in Straßburg i. E. eingeliefert.

Aus Hamburg. Die Aussperrung der Arbeiter, die am 1. Mai der Arbeit fern geblieben sind, wird in allen Hafenbetrieben konsequent durchgeführt, wenn auch Versögerungen bei der Entlöschung und Beladung der Schiffe sich unter diesen Umständen nicht vermeiden lassen. — In einer Donnerstag vormittag abgehaltenen Versammlung der Vereinigung Hamburger Schiffsmakler und Schiffsagenten, der fast sämtliche Mitglieder beiwohnten, wurde nachstehende Resolution beschlossen und unterschriftlich vollzogen: „Die unterzeichneten Schiffsmakler und Schiffsagenten verpflichten sich durch Unterschrift, diejenigen Schiffe, die von heute an bis zum 10. Mai einschließlich hier eintreffen, nur unter Innehaltung des mit der Bekanntmachung vom 1. Mai ausgesprochenen Aussperrungsbeschlusses löschen und laden zu lassen, sowie den durch sie vertretenen Reedereien, die sich dieser Maßnahme nicht fügen wollen, mitzuteilen, daß sie in solchem Falle die Vertretung niederlegen, und verpflichten sich ferner, keine Vertretung für solche Reedereien zu übernehmen, die aus diesem Anlasse etwa anderen Unterzeichnern dieser Erklärung die Vertretung entziehen sollten."

Die Ausstellung in Mailand. Der König und die Königin von Italien besuchten am Donnerstag kurz vor ihrer Abreise die deutsche Marine- und Automobilausstellung und ließen sich verschiedene Austeller durch den Generalkommissar v. Herff vorstellen.

Generalstreik. Aus Troppau, 3. Mai, wird uns gemeldet: Da die Zentraldirektion in Wittkowitz die Forderung der Arbeiter betreffend Wiederaufnahme der Ausgesperrten abgelehnt hat, dürfte heute, Freitag, der Generalstreik in Wittkowitz proklamiert werden. Schon gestern ruhte die Arbeit in zwei Dritteln des Werkes. Die Ruhe ist nicht gestört.

Martinoff zum Tode verurteilt. Das Ausnahmegericht zu Ileskib hat den Bandenchef Martinoff, welcher bei seiner Verhaftung in Ileskib am 3. März gegen den österreichischen Hauptmann der Gendarmerie Tuerie eine Bombe geworfen hatte, zum Tode verurteilt.

Der neue Riesendampfer „Kaiserin Auguste Viktoria" ist, wie wir mitgeteilt haben, von Swinemünde in Hamburg angekommen. Die Innenausrüstung dieses neuen mächtigen Schiffes der Hamburg-Amerika-Linie ist künstlerisch im erlesenen Geschmack gehalten. Namentlich die Kunstwerke der Malerei sind bemerkenswert. Das Treppenhaus, das die sechs Stockwerke miteinander verbindet, zieren zwei große Oelgemälde. Das obere, ein rundliches Bild, ist von Professor Hofer (zur Zeit in Rom) gemalt. Es stellt die Taufpatin des Schiffes, die Kaiserin, dar. Der Maler des unteren, rechteckigen Gemäldes ist der Hamburger Künstler Professor Schnars-Alquist. Das Bild zeigt den „amerikanischen Rhein", den Hudson-River, in gewundenem, breitem Lauf zwischen herbstbunten Waldbergen dahinfließend. Derselbe Künstler hat auch den Wandschmuck im großen Speisesaale der ersten Kajüte geschaffen: die Elbmündung bei Kuxhaven und ein Winterbild von der Alster im Jahre 1810. Zwei an der gegenüberliegenden Längswand des Speisesaals in die Täfelung eingelassene Gemälde des Professors Lutteroth geben den leuchtenden Frühling und den bunten Sommer Italiens wieder, die grünen Felsen und die Wasserfälle Tivolis und die Tempelruinen von Pästum. Wie der Speisesaal, so enthält auch der große Gesellschaftssaal mehrere Bilder. An der Eingangswand ist ein Bildnis der Kaiserin, ein Geschenk des Kaisers, zwei andere Wände schmücken eine von Professor Schnars-Alquist gemalte Darstellung des der Kaiserin gehörigen Hauses an der Elbchaussee und ein Bild des Marmorpalastes in Potsdam von Professor Lutteroth. Ein Werk des letzteren Malers ist ferner das zweiteilige Riesengemälde „Alt-Hamburg" an der Stirnwand des Rauchzimmers der ersten Kajüte. Gegenüber an der Kaminwand sieht man zwei Bilder des Berliner Tiermalers Prof. Friese: einen Schwan und einen Kranich. Mit der geschickt gemalten Parkansicht, die die ganze Rückwand des Wintergartens einnimmt, ist dann die Reihe der Kunstwerke erschöpft. Daneben aber bieten fast sämtliche erwähnten Räume noch eine Menge Kleinwerk, das die schaffende Künstlerhand verrät. Von besonderem Werte ist z. B. die Delfter Malerei auf den alten, aus dem 17. Jahrhundert stammenden Kacheln des Kamins und des Frieses im Rauchsalon. Auch die Kabinen der ersten Kajüte enthalten zum Teil kleinere Wandgemälde von künstlerischem Werte.

Das Hasardspiel in Petersburg. In den letzten Monaten sprießen in Petersburg neue Klubs wie die Pilze aus dem Boden. Wer sich darüber wunderte, wie luxuriöse Räumlichkeiten bei den Eröffnungs-Feierlichkeiten dieser Klubs unter kirchlichen Gebeten eingeweiht wurden, obwohl die Klubmitglieder nur zum geringen Teile den reichen Klassen angehörten, dem schwanden bald alle Zweifel an der Existenzfähigkeit dieser Klubs; denn diese waren ausschließlich dem Hasard geweiht und die Einnahmen vom Spiel dienten zur Unterhaltung und Miete der pompösen Räumlichkeiten. Der St. Petersburger Stadthauptmann hat der Freude ein schnelles Ende bereitet, indem er das Hasardspiel in den Klubs verbot. Die kaiserliche Kartenfabrik wird nun vermutlich 70 000 Rubel jährlich weniger an Einkommen aufzuweisen haben.

Letzte Telegramme.

Berlin, 4. Mai. Auf dem Truppenübungsplatze in Döberitz ereignete sich gestern ein Unfall. Der Besichtigung durch den Kaiser folgte ein Vorbeimarsch der Truppen. Beim Defilieren der Artillerie verlor ein Kanonier das Gleichgewicht, stürzte vom Geschütz und wurde in bedenklichem Zustande in das Garnisonlazarett gebracht.

Breslau, 3. Mai. Gegen den Arbeiter Biewald, dem am 19. April anläßlich der Krawalle die Hand abgeschlagen wurde, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Essen, 3. Mai. Auf Schacht Baldur bei Dorsten wurden 13 Bergleute infolge Umkippens eines Förderkorbes durch stürzendes Gestein schwer verletzt.

Ratibor, 3. Mai. Das Schwurgericht hat den früheren Förster Chenezkowski, der am 4. Januar im Schonwitzer Walde den Förster Wanjek erschoß, von dem er beim Wildern betroffen wurde, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Moskau, 3. Mai. In der kaiserlichen Gewehrfabrik in Tula macht sich eine drohende Bewegung bemerkbar. Die Arbeiter einer Werkstätte sind bereits ausständig. Da die Gärung wächst und auch die staatliche Patronenfabrik davon ergriffen ist, sind sämtliche Werkstätten von Kosaken und Miliär besetzt. Inzwischen haben sich die Eisenbahnarbeiter der Bewegung angeschlossen. Bei einer von ihnen abgehaltenen Versammlung kam es zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei und Kosaken. Ein Arbeiter wurde dabei getötet; viele wurden verwundet. Es wurden fünf Verhaftungen vorgenommen.

New-York, 3. Mai. Der besondere Abgesandte Roosevelts, Arbeitskommissar Neill, hatte eine zweistündige Konferenz mit dem Präsidenten der Union der Grubenarbeiter, Mitchell. 800 Delegierte, die 160 000 Bergleute vertreten, sind in Scranton versammelt, um über den entscheidenden Kampf zu beschließen. Zehn Eisenbahnwagen mit Arbeitswilligen sind aus dem Clearfield-Revier und 14 Wagen aus dem Beichsholzenrevier angekommen.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Sonnabend, 5. Mai: Regenfälle, kühl, windig.
Sonntag, 6. Mai: Wolkig, vielfach bedeckt mit Regen, kühl, windig.

Wasserstände. (Letzte amtliche Nachrichten.)

Saale: Halle + 2,02, Trotha + 2,18, Alsleben + 2,02, Bernburg + 1,58, Calbe, Oberpegel + 1,68, Calbe, Unterpegel + 1,26. — **Unstrut:** Straußfurt + 1,60. — **Moldau:** Budweis + 0,30. Prag + —. — **Havel:** Brandenburg, Oberpegel + 2,30, Brandenburg, Unterpegel + 1,95, Rathenow, Oberpegel + 1,71, Rathenow, Unterpegel + 1,49, Havelberg + 2,56. — **Elbe:** Pardubitz + 0,18, Brandeis + 0,40, Melnik + 0,10, Leitmeritz + 0,08, Außig + 0,43, Dresden — 1,02, Torgau + 1,14, Wittenberg + 2,00, Rosslau + 1,46, Aken + 1,77, Barby + 1,87, Magdeburg + 1,58, Tangermünde + 2,51, Wittenberge + 2,34, Lenzen + 2,40, Dömitz + 1,83, Darchau + 1,63, Lauenburg + 1,92.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

—y. **Der Vorstand der Kaliwerke Friedrichshall Aktiengesellschaft** teilt der „Magdeb. Ztg." u. a. mit, daß die vollständige Fertigstellung der gesamten Tagesanlagen noch einige Monate in Anspruch nehmen dürfte, doch erwarter er, den provisorischen interimistischen Betrieb in höchstens 14 Tagen unter Zuhilfenahme der alten Abteuffördermaschine wieder aufnehmen zu können. Die Verwaltung beabsichtige in erster Linie die beiden auf der 500 Meter Sohle getriebenen Strecken fortzusetzen. Um Zeit zu ersparen, werde die Gesellschaft auch versuchsweise von einem neuen Verfahren der Allgemeinen Schürfgesellschaft zu Düsseldorf Gebrauch machen. Dasselbe gestatte, in jedem Gebirge und in jeder beliebigen Streckenlänge, unter irgend einem Winkel geneigte, also auch horizontale Sternbohrungen auszuführen.

—y. **Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik** teilt mit, daß alle Betriebe gut beschäftigt seien. Zu Beginn des Jahres hätten Aufträge in Höhe von 32 Mill. ℳ vorgelegen, wovon bis jetzt etwa 16 Mill. ℳ erledigt seien. Es seien zwar größere Abschreibungen notwendig, der Abschluß werde aber doch ein erfreuliches Bild zeigen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Naumburg a. S.,** 2. Mai. (Bericht der Naumburger Getreide-Notierungskommission.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab benachbarter Station und frei Naumburg. **Weizen:** fest, gut 172—174, mittel 168—171, gering 158 bis 167 ℳ. **Roggen:** stetig, gut 169—171, mittel 166—168, gering — ℳ. **Braugerste:** gut —, mittel —, gering — ℳ. **Hafer:** fest, gut 170—175, mittel 165—169, gering 155—164 ℳ. („Landw. Wochenschrift".)

— **Magdeburg,** 3. Mai. **Getreide und Futtermittel.** (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. **Weizen** ruhig, englischer gut 172—178 ℳ, mittel 165—170 ℳ, gering —,— ℳ, do. Sommer- gut 175—180 ℳ, mittel 162—172 ℳ, do. Kolben Sommer- gut —,— ℳ, do. Rauh- gut 168—175 ℳ, do. ausländischer gut 190—198 ℳ. **Roggen** fest, inländ. gut 163 bis 167 ℳ, mittel 151—162 ℳ, ausländischer gut 173—176 ℳ. **Gerste** matter, ausländische Futtergerste gut 120 bis 125 ℳ. **Hafer** fest, inländischer gut 167—176 ℳ, mittel 155—165 ℳ, ausländ. gut 160—173 ℳ. **Mais** unverändert, runder gut 140—145 ℳ, amerikanischer bunter gut 130—134 ℳ. **Erbsen** unverändert, hiesige Viktoria- gut 170—180 ℳ, mittel 155—165 ℳ, grüne Folger gut 175—185 ℳ, mittel 160—170 ℳ.

L. **Hamburg,** 3. Mai. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. **Weizen:** Russ. 92⁸/₉₀ Pud Ulka prompt 191 ℳ, 10 Pud 10 Schiffe Mai 197½ ℳ Bahia Blanca 80 kg schwim. 195 ℳ, April/Mai 193½ ℳ Rosario-Santa-Fe 77/78 kg April/Mai 193½ ℳ — **Roggen:** Südruss. 90/10 Pud abgelad. 169 ℳ, 90/15 Pud achttägig 169½ ℳ. Amerik. western prompt 170¼ ℳ. — **Hafer:** Petersburg-Riga 47/48 kg prompt 166¼ ℳ, Petersburg-Riga 46/47 kg 2% Juni/Juli 163¼ ℳ. Clipped II 38 lbs. Mai 167 ℳ. — **Futtergerste:** Südruss. 60/61 kg schwim. Mai Juni 115 ℳ, Juni/Juli 114½ ℳ bez. — **Mais:** Mixed schwimmende Dampfer 127¼ ℳ, April 127½ ℳ, Juni/Juli 128 ℳ. La Plata April 129 ℳ bez. und 128¾ ℳ bez., April/Mai 127 ℳ, Mai/Juni 125 ℳ bez.

— **Berlin,** 3. Mai. (**Berliner Produktenbörse.**) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 179 bis 185 ℳ ab Bahn. Roggen, inländ. 159—160 ℳ ab Bahn. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 144—150 ℳ, gute 151—157 ℳ, russische und Donau leichte 132—140 ℳ, schwere 141 bis 152 ℳ, amerik. 122—125 ℳ ab Bahn und frei Wagen. Hafer, märk., mecklenburg., pomm., preuß., pos. u. schles. fein 179—188 ℳ, mittel 172—178 ℳ, gering 167—171 ℳ, russischer u. Donau mittel und gering 164—169 ℳ, russischer fein 170—174 ℳ ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed guter 131,50—134,00 ℳ, abfallender 117—129 ℳ frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futterware mittel 163—169 ℳ, feine und Taubenerbsen 170 bis 179 ℳ ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 23,25—25,00 ℳ, Roggenmehl 0 und 1 20,60—22,20 ℳ, Weizenkleie 10,50—11,20 ℳ, Roggenkleie 10,60—11,10 ℳ, Lupinen, blaue 108—116 ℳ, gelbe 110—120 ℳ. — Preise um 2½ Uhr (nichtamtlich): Weizen, Mai 185,50 ℳ, Juli 188 ℳ, Sept. 181 ℳ. Roggen, Mai 165,50 ℳ, Juli 168,50 ℳ, Sept. 159,25 ℳ. Hafer, Mai 165,75 ℳ, Juli 165,50 ℳ, Sept. 157,50 ℳ. Mais, Mai 133 ℳ, Juli 131,75 ℳ. Mehl, Mai 21,15 ℳ, Juli 21,75 ℳ. Rüböl, loko 49,10 ℳ, Mai 49,10 ℳ, Okt. 52,30 ℳ, Dez. 53 ℳ.

L. **Weltmarkt.** Berlin, 3. Mai. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. **Weizen:** Berlin, 755 gr., Mai 185,50 (—0,75)*, Juli 188,25 (—1,00). New-York, Red Wint. 2, loko 144,35 (—,—), Mai 136,00 (—1,35). Chikago, North. I Spr., Mai 122,25 (—,—). Liverpool, Red Wint. 2, Juli 149,80 (+0,25). Paris, Lieferungsw., Mai 193,80 (+0,45). Odessa, Ulka 92⁸/₉₀ 3—4% Bes. einschl. Bordospes., loko 124,90 (—,—). Riga, 130 Pfd. holl., loko 128,80 (—0,70). Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordfr., loko —,—. **Hafer:** Berlin, 450 gr., Mai 165,75 (—,—), Juli 166,00 (—0,75). Riga, gute Durchschn.-Qual., loko 107,80 (—2,60). **Roggen:** Berlin, 712 gr., Mai 165,75 (+1,00), Juli 168,75 (—0,75). Odessa, 90/10 einschl. Bordospes., loko 109,10 (—,—). Riga, 120 Pfd. holl., loko 117,00 (—1,30). **Mais:** Berlin, Lieferungsw., Juli 132,00 (—,—). New-York, mixed, Mai 93,15 (+0,40). Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordfr., loko —,— (—,—). **Futtergerste:** Odessa, gute Durchschn.-Qual. 3% Besatz einschl. Bordospes., loko 94,65 (—,—). Riga, 100 Pfd. holl., loko 107,80 (—,—).

* Die Zahlen in Klammern geben die Differenz gegen vorigen Kurs in Mark pro Tonne an.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Berlin,** 3. Mai. Kartoffelstärke 17,75—18,00 Mk., Kartoffelmehl 17,75—18,00 Mk., feuchte Stärke 9,40 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg,** 3. Mai. Spiritus stetig, Mai 16½ G., Mai-Juni 16 G., Juni-Juli 16 G.

— **Paris,** 3. Mai. Spiritus ruhig, Mai 41,25, Jun 41,25, Juli-August 40,75, September-Dezember 37,75.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 3. Mai. Rüböl loko 54,00, Oktober 55,50.

— **Hamburg,** 3. Mai. Rüböl fest, loko verzollt 51,00.

— **Paris,** 3. Mai. Rüböl ruhig, Mai 58,50, Juni 58,75, Juli-Aug. 59,50, Sept.-Dez. 60,75.

— **Amsterdam,** 3. Mai. Leinöl sehr fest, loco —, Juni 23⁷/₈ Juni-August 23½, per Mai-Dez. 23⁹/₁₆, Januar-Mai 23⁷/₈.

W. **Pest,** 3. Mai. Raps per August 27,80 Gd., 28,00 Br.

Zucker.

W. **Hamburg,** 3. Mai. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Ulance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Mai 16,60, per Juni 16,70, per August 17,05, per Oktober 17,15, per Dezember 17,55, per März 17,85. Tendenz: Behauptet.

W. **London,** 3. Mai. 96% Java-Zucker prompt stetig, 9 sh. 4½ d. Wert, Rüben-Rohzucker loko ruhig, 8 sh. 2¼ gehandelt.

Kaffee.

— **Hamburg,** 3. Mai. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos Mai 37¾ G., September 38½ G., Dezember 39 G., März 39½ G. Tendenz: Behauptet.

— **Havre,** 3. Mai. Kaffee. Good average Santos Mai 46,50, September 47,50, Dezember 48,00, März 48,50. Tendenz: Ruhig.

W. **Rio de Janeiro,** 2. Mai. Kaffee. Zufuhren 6000 Sack in Rio, 13 000 Sack in Santos.

— **Amsterdam,** 3. Mai. Java-Kaffee, good ordinary behauptet, loko 32½.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 3. Mai. Baumwolle. Untätig. Upland middling loco 58½ Pfg.

— **Antwerpen,** 3. Mai. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Juni 6,00 Käufer, Dezember 5,82½ Käufer. Behauptet.

W. **Liverpool,** 3. Mai. Baumwolle. Umsatz 8 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Träge. Per Mai 5,25, per Mai-Juni 5,85, per Juni-Juli 5,87, per Juli-August 5,87, per Aug.-Sept. 5,83, per Sept.-Okt. 5,72, per Okt.-Nov. 5,64, per Nov.-Dez. 5,64, per Dez.-Jan. 5,63, per Jan.-Febr. 5,64.

Petroleum.

— **Hamburg,** 3. Mai. Petroleum behauptet, Standard white loko 7,10 Br.

Metalle.

— **Amsterdam.** 3. Mai. Banccazinn fest, loco 112.

— **London,** 3. Mai. Silber 30¹¹/₁₆ Lstrl., Chili-Kupfer 83⅝ Lstrl., per 3 Monate 81⅝ Lstrl., Blei, span. 16³/₁₆ Lstrl., engl. 16⅝ Lstrl., Zinn 186 Lstrl., Zink 26½ Lstrl.

— **Glasgow,** 3. Mai. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 48 sh. 6 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Halle,** 3. Mai. (Bericht der Schlachtvieh-Versicherung des Landw. Bauernvereins des Saalkreises zu Halle a. S. (e. G. m. b. H.). Tatsächlich erzielte Lebendgewichtspreise auf Grund der in der Zeit vom 23.—30. April 1906 eingegangenen Versicherungen.

Ochsen: Kl. Ia —; Ib 6—10jähr., 1630—1950 Pfd., 40 ℳ, 3 Verk.*; IIa 4—7jähr., 1406—1760 Pfd., 37—39 ℳ, 12 Verk.*; IIb 3—11jähr. 1130—1920 Pfd., 34—36 ℳ, 14 Verk.*; IIIa 4½ jähr., 1600—1765 Pfd., 31½ ℳ, 2 Verk.*; IIIb —,—.

Stiere: Kl. Ia —,—; Ib 2jähr., 1120—1220 Pfd., 40 ℳ, 2 Verk.*; IIa —,—; IIb —,—; IIIa —,—; IIIb —,—.

Bullen: Kl. Ia —,—; Ib —,—; IIa 2—5jähr., 1080 bis 1900 Pfd., 36—38 ℳ, 18 Verk.*; IIb 1½—3jähr., 1075—1560 Pfd., 33—35 ℳ, 6 Verk.*; IIIa 2jähr., 950 Pfd., 31½ ℳ, 1 Verk.*; IIIb —,—.

Kühe: Kl. Ia —,—; Ib —,—; IIa 2jähr., 1000 Pfd., 36 ℳ, 1 Verk.*; IIb —,—; IIIa —,—; IIIb —,—.

Kälber: Kl. Ia —,—; Ib 4—8 jähr., 860—1530 Pfd., 35—35 ℳ, 10 Verk.*; IIa 3½—9 jähr., 980—1570 Pfd., 33—34 ℳ, 12 Verk.*; IIb 3—9jähr., 900—1350 Pfd., 31—32 ℳ, 28 Verk.*; IIIa 4 bis 9jähr., 700—1300 Pfd., 27—30 ℳ, 9 Verk.*; IIIb —,—.

Schweine: 205—500 Pfd., 60 ℳ, 26 Verk.*; 225—435 Pfd., 58 ℳ, 18 Verk.*; 235—344 Pfd., 57 ℳ, 17 Verk.*; 190—460 Pfd., 56 ℳ, 29 Verk.*; 194—321 Pfd., 55 ℳ, 44 Verk.*; 227½—370 Pfd., 54 ℳ, 50 Verk.*; 220—342 Pfd., 53 ℳ, 42 Verk.*; 186—324 Pfd., 52—52½ ℳ, 25 Verk.*; 236—252 Pfd., 51 ℳ, 5 Verk.*; 180 bis 450 Pfd., 50 ℳ, 36 Verk.*; 280 Pfd., 48 ℳ, 1 Verk.*; 380 Pfd., 46 ℳ, 1 Verk.* — * Nicht Einzeltiere, sondern Verkaufs-Gruppen.

(„Landw. Wochenschrift.")

— **Leipzig,** 3. Mai. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 141 Rinder, und zwar 41 Ochsen, 9 Kalben, 51 Kühe, 40 Bullen; 1105 Kälber; 255 Stück Schafvieh; 1263 Schweine, und zwar 1263 deutsche, zul. 2764 Tiere. Preise: Ochsen: I. —, II. 72, III. 66, IV. 60 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. —, II. 69, III. 63, IV. 56, V. 48 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 70, II. 65, III. 59 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 53, II. 50, III. 38, IV. — ℳ für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 40, II. 38, III. — ℳ für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 66, II. 63, III. 60, IV. 55 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 112 Rinder, und zwar 21 Ochsen, 8 Kalben, 48 Kühe, 35 Bullen, 1100 Kälber, 161 Schafe, 1235 Schweine. Geschäftsgang: Rinder, Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, Kälber, Schafe und Schweine mittelmäßig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **Berlin,** 3. Mai. In heutiger Wollauktion standen 9910 Ztr. Schweißwollen zum Verkauf und zwar 4200 Ztr. Pommersche, 2700 Märkische, 1700 Preußische, 400 Posensche, 150 Schlesische, 60 Sächsische, 700 Mecklenburgische. Als Käufer waren hauptsächlich Kammgarnspinner und Fabrikanten aus der Lausitz, Sachsen und Süddeutschland, sowie Wollhändler aus Berlin und der Provinz anwesend. Es erzielten Pommersche 70—103, im Vorjahre 59—90, Mecklenburger 73—113 gegen 61—90, Märkische 66—111 gegen 59—88, Preußische 70—104 gegen 58—103, Posensche 70—95 gegen 58—82, Schlesische 75—101 gegen 64—99, Sächsische 95 gegen 78, je nach Qualität und Behandlung.

W. **Frankfurt a. M.,** 3. Mai. Wie der „Frankfurter Zeitung" aus New York gemeldet wird, bieten die ausländischen und inländischen Versicherungs-Gesellschaften den Geschädigten von San Francisco eine Vergütung von 60% an. Diese Entschädigung umfaßt alle Ansprüche, ob die Verluste durch Erdbeben oder Feuer entstanden sind, und würde binnen Monatsfrist zur Auszahlung kommen.

W. New-York, 3. Mai. Roter Winter-Weizen loko 93, per Mai 88⅛, per Juli 85⅞, per September 83⅞, per Dezember —,—. **Mais** per Mai 55½, per Juli 53¼, per September 53⅜. **Mehl** 3,35. **Getreidefracht** nach Liverpool 1½.

W. Chicago, 3. Mai. **Weizen** per Juli 79, per Septr. 78, **Mais** per Juli 45¾.

W. New-York, 3. Mai. Petroleum Standard white in New-York 7,80, do. in Philadelphia 7,75, do. in Refined Cases 10,30, do. Credit Balances at Oil City 164.

W. New-York, 3. Mai. Schmalz Westernsteam 8,95, do. Rohe und Brothers 9,00.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: **Dr. Walther Gebensleben;** für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: **Max Göbeling;** für Lokales: **Hermann Behle,** sämtlich in Halle a. S. Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Hallescher Zeitung in Halle a. S." zu adressieren. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen. Sendungen, welche eventuell zurückgesandt werden sollen, muß das Porto beigefügt sein. — Für die Inserate verantwortlich **Paul Kersten,** Halle a. S. Telephon 158.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gw:3:1-171133730-16872166X190605042-10/fragment/page=0003

Berliner Börse, 3. Mai 1906

Die Rubrik in Cursivschrift giebt die Zinstermine an. Es bedeutet:

2 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q₁ quartaliter	1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 1.6.12.	q₂ do.	1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q₃ do.	1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½ M. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin, Bankdiskont 5%, Lombardzinsfuss 6%, Privatdiskont 3⅛%.

Dtsch. Fonds u. Staats-Pap. — Eisenbahn-Stamm-Aktien. — Deutsche Hypoth.-Pfandbr. — Industrie-Aktien. — Renten-Briefe. — Deutsche Lose. — Ausländ. Fonds u. Pfandbr. — Strassen- u. Kleinbahnen. — Schiffahrts-Aktien. — Eisenbahn-Prior.-Obligat. — Preussische Pfandbriefe. — Bank-Aktien. — Obligat. industr. Gesellsch. — Berliner Brauereien. — Auswärtige. — Wechselkurse. — Gold, Silber, Banknoten.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemässigen Stückzinsen 4 pCt. und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190605042-10/fragment/page=0004